

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend, Ortsbezugs halbjährl. 2 M. 1.0. Postbez. monatl. Nachsendung vorbehalten. Expedition merseburg halbjährl. 10 M. 1.0. Geschäftsstelle: Marktstraße 45, Sonnabends 25 Cpld. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 554. Geschäftsstelle: Marktstraße 4; Zweigstelle: Gothastraße 38. Für unerbettete Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erschließungsort Merseburg, Im Jahr 1887. Dem. (Streik und -beleidigt Anpr. a. Preiser. ob. Gellertg.)



Anzeigenpreis für den achtspaltenigen Mittelraum 8 Goldmarken; im Reklameteil 12 Goldmarken; für Kleinanzeigen und Nachmeldungen 21 Goldmarken. Bei Anzeigen in Bankerwerb ist der mittlere Goldmarkensatz der Zahlungstages maßgeblich. Familienanzeigen ermäßigt. - Rabatt nach Tarif. - Platzprovisorium ohne Verbindlichkeit. - Zeilennummer wird berechnet. - Schluss der Anzeigen-Zinnahme 10 Uhr vorm. - Fernsprecher 100

Nr. 109

Freitag, den 9. Mai 1874

164. Jahrgang

Die Mansfelder Werke vor der Stilllegung.

Zum Jahrestage des Frankfurter Friedens. (10. Mai 1871.)

Tageschronik

Nach den veröffentlichten Mitteilungen aus dem Ruhrgebiet liegt dort der gesamte Bergbau still. Im hiesigen Bergbauerebiet ist es zu einer Enttarnung gekommen. Freiherr v. Brandenstein hat seine erneute Wahl zum Landespräsidenten der Provinz Sachsen angenommen. England wünscht unverzügliche Annahme des Dawesbeschlusses. Bei den Vorbereitungen für die Präsidentschaft hat Coolidge den Sieg davongetragen. Die kubanische Revolution ist unterdrückt, nachdem sich die Führer ergeben haben.

lungsbeförden stattfinden. Aus der Schlichtung ergibt sich, daß dabei auch die übrigen Streitfragen zur Diskussion stehen werden. Die beteiligten Organisationen haben ihre Teilnahme an diesen Verhandlungen ausgesetzt und es ist anzunehmen, daß man demnächst sein wird, eine Klärung der Differenzen herbeizuführen.

Eine Erklärung der Gewerkschaft Hütten in Hamborn.

Zusburg, 9. Mai. Die Lage im Bergbau ist am Donnerstag unverändert. Ruhe und Ordnung werden überall aufrecht erhalten. Die Gewerkschaft Friedrich Hütten in Hamborn gibt durch Anschlag folgendes bekannt: Nachdem viele Arbeiter und Arbeiterinnen an die Gewerkschaft herangetreten sind mit der Bitte, den Betrieb wieder zu eröffnen, und sich bereit erklärt haben, die Arbeit ordnungsgemäß wieder aufzunehmen, bei einer Schichtzeit von acht Stunden unter und 12 Stunden über Tage einschließlich zwei Stunden Pause, werden persönliche Mitteilungen zur Arbeitsaufnahme unter diesen Bedingungen durch die Betriebsführer in der Arbeiterannahme entgegenzunehmen.

Die Betriebskrise.

Am 4. d. M., 8. Mai. Die Mansfelder Bergbau- und Hüttenbetriebs-Kr. (früher Mansfelder Kupferindustrie-Bund Gewerkschaft), mit ihren mehr als 30 000 Arbeitern und Angehörigen der größte Bergbau- und Hüttenbetrieb Mitteldeutschlands, steht vor einer erneuten Betriebskrise. Der Betrieb vor ungefähr zehn Tagen hat die Gesellschaft dem Demobilisationskommando schriftlich mitgeteilt, daß sie auf Grund der Verordnung über Betriebsstilllegungen und Betriebsabbrüche die Werke nach Ablauf von vier Wochen zu schließen gezwungen sei. Die Gesellschaft arbeitet jetzt in sehr kurzer Zeit, trotz sehr geringer Entlohnungen, mit erheblichen Verlusten. Auf zahlreiche Eingaben an die in Frage kommenden amtlichen Stellen ist bisher eine Zusage über eine Stillsetzung nicht zu erzielen gewesen. Wäre die am den Betrieb aufrechtzuerhalten, sind nicht mehr vorhanden. Am kommenden Sonntag wird mit dem Bergbaupräsidenten eine informelle Besprechung stattfinden, in der die im Falle einer tatsächlichen erfolgenden Stilllegung der Betriebe zu ergreifenden Maßnahmen erörtert werden sollen. Da es unmöglich ist, die zahlreichen Arbeiter anderweitig zu beschäftigen, werden erste Anstrengungen gemacht, doch hofft man immer noch, mit der Klärung zu einer Verständigung über eine Stillsetzungsaktion zu kommen.

Seine Gefährdung der Arbeiterorganisation.

Berlin, 8. Mai. Nach amtlichen Feststellungen ist auch bei einem längeren Andauern des Konflikts zwischen den Betriebsverwaltungen und den Bergarbeitern die allgemeine Arbeiterorganisation nicht gefährdet. Obwohl die Eisenbahn-Bewegung eine Lohnzulage von 15 Proz. zu gewähren beabsichtigt, so ist mit einer Verärgerung der durch die Betriebsleitungserklärung des Schiedsgerichts festgesetzten Arbeitszeit auf die bisherige Arbeitszeit nicht übereinander zu erklären und hat an den Bedenken anknüpfen lassen, daß die Arbeitsbedingung wohl durchgesetzt wird und daß die Eisenbahn-Arbeiter die sich nicht bereit erklären, zu dieser Arbeitszeit unter Tage zu arbeiten, als entlassen zu betrachten haben. Demgemäß dürfen z. B. die große Mehrzahl der Bergarbeiter der staatlichen Zechen als entlassen zu betrachten sein.

Einigungsaussichten in Sachsen.

Treuen, 8. Mai. Wie verlautet, stehen in der Ausständebewegung im sächsischen Steinhohlenbergbau Verhandlungen bevor. Das sächsische Arbeitsministerium hat den streikenden Parteien seine Vermittlung angeboten. Auf Arbeitseinstellung hat die Regierung, mit den Arbeitnehmern in Rücksicht zu bleiben. Die Notstandsarbeiten werden größtenteils verrichtet. Was jetzt ist die Technische Nothilfe noch nirgends angelegt worden. Die Verhandlungen dürften aller Wahrscheinlichkeit nach am Freitag um 5 Uhr nachmittags im Ministerium beginnen. Der Wunsch der Arbeiter ist richtig, sich jetzt nicht mehr so stark gegen das Verfahren der acht Stunden, vielmehr jetzt die Erhöhung der Mindestlohnentlohnung im Vordergrund. Man rechnet mit einer baldigen Einigung.

Einigung im Leipziger Bergwerke.

Leipzig, 8. Mai. Der Konflikt im Leipziger Bergwerke über die Arbeitszeit und Lohnfrage ist beigelegt. Erneute Verhandlungen haben zu einer Verständigung geführt. Die Gewerkschaften der Bauarbeiter und Zimmerer haben den verbindlich erklärten Schiedspruch angenommen. Die Arbeitszeit wird auf wöchentlich 47 Stunden (bisher 45 1/2) festgesetzt. Der Stundenlohn beträgt 10 Pfennig. In Leipzig ist eine Verlesung von 5 Pfennigen erfolgt. Die von den Arbeitgebern für Freitag vormittag beschlossene Aussperrung in etwa 300 Leipziger Bergwerksstätten ist damit gegenstandslos geworden.

Der deutsch-russische Zwischenfall.

Berlin 8. Mai. Nach neuesten Mitteilungen ist der Konflikt zwischen der russischen und der deutschen Regierung in Sachen der russischen Handelsvertretung in Berlin noch keineswegs beigelegt. Die Meldung, daß ein Schiedsgericht sich mit dieser Frage befassen soll, ist zumindest den Umständen voraus. Weder von deutscher noch von russischer Seite ist der Vorstoß eines Schiedsgerichts bisher gemacht worden. Der Gedanke an ein solches ist wohl daraus entspringen, daß die Darstellung über die Vorgänge in der russischen Handelsvertretung wesentlich voneinander abweichen und neuerdings mag der Gedanke aufgetaucht sein, die tatsächlichen Vorgänge durch ein Schiedsgericht klären zu lassen. Jedoch eine Entscheidung ist aber bisher noch keineswegs erfolgt.

Herr von Brandenstein wieder Ministerpräsident.

Schwerin, 8. Mai. Bei Eintritt in die heutigen Verhandlungen des Landtags erklärte sich alle drei Minister bereit, die auf sie entfallende Arbeit anzunehmen. Der kommunistische Abgeordnete Benzel verlangte darauf eine erneute Erklärung von Brandenstein über seine Haltung in der Frage des Söderbahnangebots, die aber von Brandenstein mit der Begründung abgelehnt wurde, daß er seiner vorgelegten Erklärung nichts hinzuzufügen habe. Darauf brachte der kommunistische Abgeordnete Benzel ein Mißtrauensvotum mit demselben Inhalt gegen von Brandenstein ein, wie das von den deutschböllischen Abgeordneten Martens brachte ein erneutes Mißtrauensvotum seiner Fraktion gegen den Ministerpräsidenten ein, da dessen heutige Erklärung seiner Fraktion nicht genügt, von Brandenstein gab dann nochmals eine Erklärung ab, die der bereits von ihm gegebenen Erklärung entspricht, nach welcher er selbstverständlich gegen die Annahme des Sachverständigenrats stimmen werde, wenn die von ihm genannten Voraussetzungen nicht erfüllt werden. Nach einer Pause von 10 Minuten gab der Abgeordnete Martens namens der deutschböllischen eine Erklärung ab, nach der die Fraktion in Anbetracht der hiesigen Schwierigen Lage des Vaterlandes und angesichts der jetzigen Erklärung von Brandenstein das Mißtrauensvotum zurückziehe. Das Mißtrauensvotum der kommunisten wurde darauf gegen die Stimmen der deutschböllischen abgelehnt. Die Sozialdemokraten enthielten sich bei

Der gesamte Ruhrbergbau liegt still.

Wohlm, 8. Mai. Der gesamte Ruhrbergbau liegt nunmehr still. Nach einer Mitteilung der Bergarbeiterverbände befinden sich von dem gesamten Bergbau bis 90 Proz. außerhalb der Betriebe, hiervon sind 89 Proz. ausgetrieben und 1 Proz. befindet sich entsprechend dem Zerfall der Anstalten und Kommunen im Streik. Die Bezirksleitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Organisation der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamtenvereine, hat an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, wünschig umgehend vermittelnd in den Streik im Ruhrgebiet einzutreten. Die Nachricht, daß sich der Reichsminister arbeitsminister nach dem Ruhrgebiet begeben werde, wurde zummindest den Tatsachen voraussehen. Ebenso unwahr ist die Nachricht Berliner Blätter, daß Vertreter der Bergarbeiter zur Besprechung der Lage mit dem Reichsarbeitsminister nach Berlin geladen seien. Durch die Aussetzung des größten Teils der Arbeiterkräfte mußte im Dortmunder Bezirk bereits ein hohes Maß an Hunger und Not, dergleichen mußte das Martins-Werk der Dortmunder Union wegen Gasmanagements die Arbeit einstellen. Im Duisburger und Samborner Bezirk sind heute mit Ausnahme eines einzigen Schachts alle Zechen stillgelegt worden, nur die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Im hiesigen Bergbau wird die Arbeit ebenfalls eingestellt. In einem weiteren Teil abgegangenen Bergbauarbeiten sind die Schächte I und II der Zeche „Alteisenzeche“ heute beschlössen, auch keine Notstandsarbeiten mehr zu verrichten.

Verhandlungen.

Wohlm, 8. Mai. Der in Hamborn zwischen den Vertragsparteien getroffenen Vereinbarung entsprechend, beginnen die Verhandlungen über den Kohlenzoll im Ruhrbergbau am Freitag vormittag 9 Uhr. Es handelt sich hierbei um Beratungen zwischen dem Zechenverband und den vier Bergarbeiterverbänden, die ohne Mitwirkung der Schlicht-

Der Reichstagswahlkampf mit allen seinen Erregungen ist zu Ende. In die kurze Kampfpause bis zum Zusammentritt des neugewählten Parlamentes fällt der Jahrestag des Frankfurter Friedens, den Bismarck vor 23 Jahren mit dem besiegten Frankreich schloß. Das Gint und Zeit fordert zum Vergleich heraus, der uns stärken soll im Kampfe gegen den sogenannten Friedensvertrag und das jüngste Drahtentwurf, das dieses Schicksal geboren hat, das Sachverständigenurteil. Es ist ja wieder, wie alle Verträge und Vertragsentwürfe, die uns der Feindseit seit 1919 vorgelegt hat, nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln auch in der Nachkriegszeit - Friede kann man den gegenwärtigen Zustand ja nicht nennen. Der Frankfurter und Versailles Friede! Beginnt man mit einer Heuchelei: Das Buch der Besiegten, das sich Friedensvertrag nennen läßt, umfaßt in der bestimmten deutschen Handausgabe 226 Seiten: wenig aber 6 Seiten - ich will genau sein - in kleinerer Dube, füllen der Realismarke und der endgültige Frankfurter Friede in dem Grunde, in dem sie vor mir liegen. Bismarcks Größe, Stärke und Knappheit auf der einen, ein wirrer Zauber von Heilen und Forderungen auf der anderen Seite. Mit ihnen Worten beginnt der Versailles Vertrag, er vermischt sich „einen Frieden, gerecht und dauerhaften Frieden“ zu stiften, Bismarcks Werk hat den Erfolg für sich, es leidet eine Periode von über 40 Friedensjahren für Deutschland ein.

Mit dem Trugbilde, das Deutschlands Jugend aufordnete, „Nur der Weisheit zu sein, rüsten unsere Truppen 1870 ins Feld, als Verteidigungskrieg ist der Kampf geführt, in gleicher Stimmung der Frieden geschlossen worden. Das Deutschland an Land nahm, war nur ein kleiner Teil des ehemaligen Reichs, den Frankreich Stück für Stück, die Schwäche Deutschlands nuzend, in vier Jahrhunderten, von etwa 1300 bis zur französischen Revolution, mit Gift und Gewalt an sich gebracht hatte. Kein Mensch dachte 1870 im kriegelosen Deutschland an spanische Niederungspläne an die ehemaligen Reichs- und Bischofsfürde Zoul, Verdun und Cambrai, an Nancy, das bis 1766 Hauptstadt eines zum Deutschen Reich gehörigen Territoriums, des Herzogtums Lothringens gewesen war. Nur zweierlei verlangte einmütig das ganze deutsche Volk, die Beseitigung der unheimlichen Gebiete im Elsaß und Lothringen mit dem neuerfinden Deutschen Kaiserreich und Sicherung der deutschen Grenze gegen französische Angriffe. Für das Elsaß ergab sich im Vorgehen eine natürliche Grenze, die beiden Forderungen gerecht wurde. In Lothringen blieb - aus Sicherheitsgründen - nichts anderes übrig, als die Grenze vorwärts in französisches Sprachgebiet bis zur Mosel vorzuschieben und jenseits des Straßes noch je viel Land zu nehmen, daß die Grenzsetzung Weg gegen Westen das nötige Glacis gewann. Wirkliche Worte, die sich in den Friedensschlüssen der Entente immer habiger herbeizudrängen, spielten keine Rolle, niemand achtete, welche Bedeutung die Ministerpräsidenten von Metz später einmal gewinnen würden und die oberflächlichen Kaiser waren noch gänzlich unbekannt.

Eine Volksabstimmung hat vor der Abtretung von Elsaß und Lothringen nicht stattgefunden, das ist richtig, man brauchte sie nicht, da die Nationalitätenverhältnisse klar und bekannt waren. Das deutsche Generalgouvernement in Straßburg hatte ganz recht, wenn es vor den Wahlen zur französischen Nationalversammlung in Bordeaux erklärte: „Elsaß-Lothringen ist ohne Plebiszit mit Frankreich vereinigt worden, es wird auch ohne diese Komödie des Götterglaubens zu Deutschland kommen.“ Allerdings haben dann trotzdem eifrig-kräftige Abgeordnete in Bordeaux Protest erhoben, diese Tatsache, die der Versailles Vertrag uns Deutschen vorsetzt, ist richtig. Aber wer waren sie? Alles andere als Vertreter der bodenständigen alenandischen und französischen Bevölkerung des Landes, einige verarmte Intellektuelle aus den Städten und landtümliche Politiker, an ihrer Spitze - der Süßfranzose Gambetta!

So liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit. Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker im Sinne Wilsons würde die Welt 1870 noch nichts, wie ja auch heute des Spantasma des Amerikaners noch nicht anerkannt Grundgesetz des internationalen Rechtes ist. Wohl aber riet das lebhafteste Nationalgefühl, wie es sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei allen europäischen Völkern entwickelt hatte, bei territorialen Abtretungen etwas anders zu verfahren, wie zur Zeit der Kabinettskriege. Die ideale Forderung des Nationalitätenprinzips, wenn man sich kurz j. ausdrücken darf - Vereinigung aller Volksgenossen in einem Staate, welche Lebensgemeinschaft der Grenzen dieses Staates mit den Nachbarländern - läßt sich nirgends erfüllen, Staatsflucht aber gebietet, um unnötige Reibungen zu verhindern, ihr, soweit es praktisch möglich ist, entgegen zu kommen. So hat das Deutschland Bismarcks Lokal gehandelt, als es jenseits des deutschen Sprachgebietes die Grenze seiner Erweiterungen so eng wie möglich, nur nach den Erwägungen militärischer Notwendigkeit, zog.

Aufruf

an die Einwohnerschaft von Merseburg und Nachbarorten!

Zu Ehren der Verbände, die auf dem Wege zu der Einweihung des Halleischen MoltkeDenkmals in Merseburg übernachteten, findet am

Donnerabend, den 10. Mai, in Merseburg

Deutscher Tag

Abends 7 Uhr **Festgottesdienst** im Dom unter Leitung des Herrn Superintendenten Prof. Witthorn.

Später **Begrüßungsfeiern** in den Sälen der Stadt.

Wir laden hierzu alle vaterländischen und militärischen Vereine und Verbände ein mit der Bitte, zum Gottesdienst und zu den Begrüßungsfeiern mit Fahnen zu erscheinen. Der Gottesdienst ist für die Verbände vorbehalten. Wir bitten, die Häuser zu besetzen. Anreten der Fahngruppen pünktlich 6,30 Uhr am „Tivol“.

Zugleich bitten wir die Einwohnerschaft von Merseburg und Umgebung uns für die auswärtigen Gäste Quartiere für die Nacht zum Sonntag freundschaftlich zur Verfügung zu stellen. Alle Mitteilungen wollen man richten an die

Geschäftsstelle der völkischen Verbände Merseburg, „Tivol“.

Das führende Bier

ist seit 1/2 Jahrhundert das

Wicküler Bier

Elberfeld.

Spezialausfuhren in Merseburg

in

Beth's Gesellschaftshaus

hallesche Str. 20-26. — Tel. 513.

In Gläsern oder Flaschen auch über die Straße.

Die grosse Möbel Ausstellung

Albert Martick Nachf.

Halle 3, Alter Markt 2

zeigt, wie man sein Heim behaglich, künstlerisch, dabei doch wohlfeil einrichten kann.

Das Handelskammer-Notgeld

ist vom Herrn Reichsminister der Finanzen zum 10. Mai 1924 aufgerufen und wird bis einschließlich **10. Juni 1924** bei unserer Kasse in Halle, Franckestraße 5, I, eingelöst.

Halle, den 7. Mai 1924.

Die Industrie- u. Handelskammer

Steckner, Manschewski, Dr. Pfahl.

REX Einkochapparate

milktonefach bewährt. Große Leistung wieder eingetroffen und empfehle solche zu Originalpreisen. — Vorläufig noch kein Zuschlag.

Bei größerer Abnahme Rabatt.

Otto Bretschneider

Eisenwaren / Haus- und Küchengeräte.



Vom 14.-16. Mai 1924 werden wir in Halle a. S. Universitäts-Augenklinik, anwesend sein, um nach der Natur **künstliche Augen** für die Patienten anzufertigen und einzupflanzen. **F. W. Müller Söhne, Wiesbaden** um Verwechslungen mit ähnlichen Namen zu vermeiden, bitten wir, auf Namen und Zeit genau achten zu wollen.

Namen und Zeit genau achten zu wollen.

Lebensmittel-Spezialgeschäft

Burgstraße 22 — An der Geißel 1

2 billige Tage!
Heute und morgen
bieten wir allen Hausfrauen Gelegenheit zum billigen Einkauf!

Beachten Sie unsere Auslagen!

Burgstraße 22 — An der Geißel 1

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonnabend, den 10. Mai 1924
abends 7 Uhr im Dom:
Vaterländische Feier.

Die Bläse im Schiff und im Chor sind für die beteiligten Vereine bestimmt.

Sonntag, den 11. Mai 1924 (Jubiläum).
Gesamamt wird eine Kollekte für den evang.-soz. Predigerbund in der Provinz Sachsen.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Pastor Witte. — 10,45 Uhr: Kindergottesdienst.

Donnerstag, abends 7/8 Uhr: Bibelstunde in der Bergstraße. Pastor Witte.

Dom-Frauenhilfe (Seminar) Mittwoch, den 14. Mai 1924, nachm. 3,30 Uhr.

Jungfrauen-Verein & Vaterl. Frauen-Verein (Schnitzstraße 1).

Sonntag, abends 7/8 Uhr: Versammlung.

Christl. Verein Junger Männer (Seffnerstr. 1).

Sonntag und Dienstag, 8 Uhr: Versammlung.

Christliche Gemeinschaft (f. d. L.) (Bergerstr. 1).

Wittwoch, abends 7/8 Uhr: Bibelgesprächstunde.

Volksbibliothek: Geöffnet wie bisher.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Raucke. — 11 Uhr: Kindergottesdienst.

Evang. Männer- und Jugendverein.

Sonntag, abends 8 Uhr: Versammlung an der Geißel 5. Vortrag: Pastor Raucke.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde an der Geißel 5. Pastor Angermann. — 9-10 Uhr: Spielab.

Evang. Mädchenbund St. Magimi.

Dienstag, abends 8 Uhr: Chorabend an der Geißel 5. Lehrer Busch.

Wittwoch, abends 8 Uhr: Versammlung an der Geißel 5. Pastor Niem.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Straßenstein.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Volt. — 10,45 Uhr: Kindergottesdienst.

Montag, abends 8 Uhr: Konfirmierten Söhne im Pfarrhaus.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Konfirmierten Töchter im Pfarrhaus.

Katholische Gemeinden.

Sonnabend, von 5-7 Uhr und nach 8 Uhr Beichtgelegenheit. — Ebenso Sonntag von 6Uhr an.

7 Uhr: Frühmesse mit Predigt; 9,30 Uhr: Hochamt mit Predigt; 8 Uhr: Andacht. — **Wittwoch** und **Freitag,** 7,30 Uhr: Andacht.

Rauborf, 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Ren-Weisdorf, 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Kayna, fällt aus.

Schaffstädt, 10 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Ostmärker. Versammlung und Unterhaltungsabend.

Montag, den 12. Mai, abends 8 Uhr im Strandstädtischen. Lieberbühner mitbringen. Zahlreiches Erscheinen erbeten.

Veranstaltung für Alkoholiker.

Sprechstunde jeden Montag von 6-7 Uhr nachm. im „Berona Christian“ (kleines Zimmer, 13 Treppen). Unentgeltliche Auskunft u. Hilfe.

Zwangsversteigerung.

Am 10. d. Mts. vormittags 11 Uhr verleihere ich hier selbst öffentlich zur Gasse 1, 1. Etage u. 1 Schreibstisch öffentlich meistbietend geg. Veräußerung.

Merseburg, d. 9. Mai 1924

Kettling, Ober-Verichtsvollzieher

Hochtragende junge Kuh,

ist zu verkaufen, sehr guter Melker, da überjährig zu verkaufen.

Kaufmann Niederhausen Unterkeißel.

Guten Verdienst erzielen. Wiedererfüller mit preiswerten Schürzen und Taschentüchern. 50-100 Mts. erfordern. Off. „Schließfach 22“, Bresden 24.

Zimmer

für tollten Herrn gesucht. Gest. 20. u. 500/24 an die Exped. d. Bl.

Junges Mädchen, lehrerhaft in Zensographie u. Schreibmaschine, welche schon im Büro tätig war, fähig wieder Beschäftigung. Offerten unter H. W. Watters an die Exped. d. Blattes.

Beth's Gesellschaftshaus

Im Cafe täglich von 8 Uhr (Sonntags 4 Uhr) an das

Horst-Bebenrock-Duo

Wicküler Bier. H. Gebäd. Spezialkühler.

A.-Z. „Normania“

Das am 10. d. M. in „Casino“ angelegte

Bergnügen fällt aus

Der Vergnügungsausschuß.

Gleht!

Auro-Soldin wirkt nicht nur symptomatisch, sondern löst auch alle Ablagerungen in den Gelenken. Enthält weder Alkalien, noch freie Salicylsäure, noch Colicin oder irgend ein anderes Gift, sondern bisher noch nicht verwendete vegetabilische Stoffe u. besitzt keine schädlichen Nebenwirkungen auf Herz, Nieren, Magen. In allen Apotheken. Literat. für Ärzte durch F. Hannas Erben, Hildburghausen, S.

in Merseburg erhältlich in der Stadt Apotheke.

Tierzuchtsschau Magdeburg

vom 15. bis 18. Mai 1924

Gallerie

der Jubiläums-Tierzuchtsschau nebst Landmaschinen-Markt der prov. = fäch. Zuchtverbände im Hallenbau „Land und Stadt“, Magdeburg

Ziehung am 20. und 21. Mai 1924
Gesamtlosung: 2069 Gewinne i. ZS. von **50 000 Goldmark**

Hauptgewinne:

2 Autos, 4 Pferde, 3 Kühe, 2 Autoschwagen, 10 Motorräder, 25 Fahrräder etc.

Lospreis: 1.20 Mk. Bei Verkauf nach Auswärts: für Porto und Sicht 30 Pfennig extra. Glücksbrief: 3 Lose für 6.00 Mk.

Los-Verkauf durch die Staat. Lotterei-Einnahme **H. Franke & Co., Magdeburg**, Breiterweg Str. 129, Postf.-St. Magdeburg 514 ferner auch zu haben in allen durch Markte hantlichen Verkaufsstellen. Generaldirekt. f. Wiederverk. i. d. Prov. Sachsen d. d. S. **Désard Thörner, Magdeburg**, Breiterweg 85 Tel. 1932 Postf.-St. Magdeburg 517

Nationalkassen

(beide Nummern erben) **Büglers, Berlin**

Bosch-Licht u. Magnete

Carl Düllgen, Leipzig, Flossplatz 25 Fernsprecher 19130 u. 18436

Sommersprossen - weg!

Widensspröhen teilen unentgeltlich mit, auf welche einfache Weise ich meine Sommersprossen gänzlich beseitigte. Frau Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a. M. 452, Schließfach 47.

Drucksachen aller Art

wie Formulare für Behörden, alle Drucksachen für die Industrie und Geschäftswelt liefert schnell und preiswert bei laubertiger Ausführung die Buchdruckerei des

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Fahrrad-Mäntel

Reparaturen Emailieren Vernickeln usw. **Mäntel Schläuche Zubehör u. Ersatzteile** Maßige Preise

Große Auswahl **Max Schneider, Merseburg a. S.** Schmale Straße 19. Mechanikmeister. Telefon 479.

Platzvertreter

von Großmühle gesucht.

Tel. Bedinguna. Angeb. mit la. Referenzen unt. R. A. 433 an Rudolf Mosse, Ger.-H.

Sie kaufen nach wie vor

Schokoladen, Bonbon, Kakao, Reks, sowie alle anderen Süßigkeiten am vorteilhaftesten bei der bekannten

Schokoladen-Spezial-Großhandlung

Willy Voigt, Halle, Markt 6, normals Badens & Co., Ecke Göttershof, Telefon 4796

Um die Rechtsregierung.

Das Parlament um die künftige Regierungsbildung nimmt in allen politischen Kreisen seine Fortgang, ohne daß sich bisher feste Anhaltspunkte für die Beurteilung der Koalitionsbestrebungen ergeben hätten.

Ob eine Verständigung zwischen den Deutschnationalen und den Demokraten möglich ist, gilt auch noch nicht ohne weiteres als sicher. In führenden Kreisen der Deutschnationalen Partei bezweifelt man ebenfalls die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen den beiden Gruppen zwecks gemeinsamer Regierungsarbeit.

Am Herbst des vorigen Jahres hat man den Deutschnationalen bei den Verhandlungen nach dem Scheitern der Großen Koalition den Vorwurf gemacht, daß sie sich von Preisfragen leiten lassen.

Die Rentenmarkkonjunktur.

Am Tage der Eröffnung der Rentenbank gelang der Umlauf an Papiergeld rund 155 Millionen Goldmark. Am 8. April war der Gesamtumlauf bereits auf 690 Millionen Goldmark gestiegen; dazu kommen noch große Mengen Papiergeld.

konjunktur auszumachen. Es ist aber nicht zu übersehen, daß es ein volkswirtschaftlicher Lufteintritt und eine lokale Rücksichtslosigkeit bedeutet, erst Vertriebe, die eigentlich überflüssig sind, zur Blüte zu entwickeln und sie dann wieder zu verdrängen.

Generalstreik!

Es ist unabweisbar, daß die Kommunisten versuchen, die volkswirtschaftliche Krise auszunutzen, um aus dem Zusammenbruch die politische Macht an sich zu reißen.

„Deutsche Reichspost“ und Landwirtschaft.

Am 18. März d. J. wurde das Reichspostministerium veröffentlicht, daß welches mit Wirkung vom 1. April die Reichspost in ein selbständiges Unternehmen umgewandelt wurde.

Wenn sich zwei die Hände reichen.

1. Kapitel. Nachdruck verboten.

Roman von M. Citner.

An einem der letzten Aprilnachtsmitten im Jahre 1890 jagte der Zug, der von Mailand aus die Gefilde Oberitaliens durchbraut hatte, über die Zaguneriaböden und hielt endlich unter der statischen Halle des Hauptbahnhofes in Venedig.

Schattenbildern gleich wanderten die Menschen auf ganz schmalen Gängen, dicht an den Wänden entlang und über die schmalen Bänke, welche die kleinen Räume überparten, der Hauptverkehr vollzog sich auf dem Wasser.

erhielt langweilig genöbere Frage zu stellen: Wie gefällt es den Herrschaften hier? Da verhallt ihm die ältere Dame zu einer Gesprächsunterbrechung.

der Reichspost und der Wirtschaft vor. Der Verwaltungsrat ist insofern gebildet worden, daß bereits seine erste Sitzung abgehalten. Aus diesem Anlaß hat eine führende landwirtschaftliche Berufsvertretung nochmals die Stellung der Landwirtschaft zu der neuen Organisation der Reichspost ausführlich in der Reichspostzeitung zur Sprache gebracht. Die Reichspostzeitung hat die Veranlassung der Reichspostzeitung als die verantwortliche Spitzenorganisation der halbamtlichen Berufsvertretungen der Landwirtschaft an das Reichspostministerium wegen der Mitwirkung bei der Besetzung der neu für die Wirtschaft vorgehaltenen Verwaltungsratsstellen genannt. Der Reichspostminister hatte aber bereits die Reichspostzeitung erortert nach der halben Stunde diesen Vertreter namhaft zu machen. Das geschah auch; nur hatte der Reichspostminister die Landwirtschaft völlig vergessen, obwohl sie den wichtigsten und größten in sich geschlossenen Verein stand darstellt. Der Reichspostminister nahm weitgehend in einem der Korrekturen dieser Reichspostzeitung vor, als er den Briefen von der Schulenburg-Gründung noch mit darauf setzte, der auch als einziger Vertreter der Landwirtschaft vom Reichspräsidenten zum Mitglied des Verwaltungsrates ernannt wurde. Jedoch auch diese „Berücksichtigung“ kann die Landwirtschaft nicht befriedigen, zumal man es abichtlich unterlassen hat, die allgemein anerkannten landwirtschaftlichen Berufsvertretungen zur Zielsetzung der Reichspostzeitung heranzuziehen. Es ist aber anzunehmen, daß sich die Landwirtschaft bei der öffentlichen Regelung der Besetzung des Verwaltungsrates der Reichspost nicht beteiligen wird.

Beendigung der Arbeiten des Verwaltungsrates der Reichspost.

Berlin, 8. Mai. Der Verwaltungsrat der Reichspost, der gestern zum ersten Male zusammengetreten ist, hat heute seine Arbeiten beendet. Er kamme dem von der Reichspostverwaltung vorgelegten vorläufigen Sanitätsplan für das Rechnungsjahr 1924 zu. Zu dieser Entwurf schon zu einer Zeit angefertigt worden ist, als die Reichspost noch kein selbständiges Unternehmen war, wurde beschloffen, daß als bald ein neuer Entwurf vorgelegt werden soll. Mit diesem neuen Entwurf wird sich aber nicht mehr der Verwaltungsrat im Rahmen, sondern der getrennt gebildete Reichspostsanitätsrat beschäftigen. Der Verwaltungsrat hat auch die vorgeschlagenen Gehaltsätze, die bereits die Zustimmung des Reichsministers für den Reichspostminister Dr. Doeberl in seinem Schlußwort der Sitzung ausgedrückt, daß die Mitglieder des Verwaltungsrates nicht nur als Interessenten an der Verwaltung der Reichspost, sondern auch als Mitglieder der Reichspostverwaltung das größte Entgegenkommen entgegengebracht hätten. Der Verwaltungsrat hat sich über die vorgeschlagenen Gehaltsätze entschieden und zu treffen sich über diese Punkte. Der Reichspostminister ist an sein Wort in gewissen Sinne gebunden. Wenn er mit der Stellungnahme des Verwaltungsrates nicht einverstanden ist, bleibt ihm nichts übrig, als an die Entscheidung des Reichsministers zu appellieren. Die laufenden Arbeiten des Verwaltungsrates wird ein aus wenigen Mitgliedern bestehender Arbeitsausschuß, der sich gestern konstituiert hat, erledigen.

Die Niederlage der Sozialdemokraten bei den preussischen Gemeindevahlen.

Soweit sich die Ergebnisse der preussischen Gemeindevahlen bis jetzt übersehen lassen, sind sie mit geringen Abweichungen ein Abbild der Wahlen zum Reichstag. In den meisten Bezirken zeigt sich ein starker Rückgang der sozialistischen Stimmen, der durch kommunalistische Erfolge nicht ausgeglichen wird. Auf der anderen Seite ist ein bedeutender Stimmenzuwachs der Reichsparteien festzustellen. Die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und das Zentrum haben durchweg Verluste an Stimmen und Mandaten erlitten. Die Splitterparteien sind bei der Reichstagswahl, auch hier zum größten Teil leer ausgegangen. Die Vergleichsmöglichkeit ist dadurch erschwert, daß die Gemeindevahlen erheblich verfeinert worden sind. Aber das eine steht zweifellos fest, daß die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten bei den Wahlen in der Gemeindeverwaltung ist. So haben beispielsweise die Sozialdemokraten in Cottbus einen Verlust von 26 Mandaten zu verzeichnen, während die Kommunisten 7 Mandate gewonnen haben. In Gassel wurden, wie bereits ausführlich gemeldet, die Sozialdemokraten gleichfalls in die Minorität gedrängt. Sie verloren 18 Mandate, denen nur 3 Gemeindevahlen gegenübertreten. In Dortmund verringerte sich die Mandatszahl der Sozialdemokraten von 32 auf 10, in Duisburg von 21 auf 9, in Elberfeld von 29 auf 10, in Barmen von 34 auf 8, in Düsseldorf von 39 auf 7. Auch Frankfurt (Main) wird in Zukunft keine sozialistische Mehrheit mehr haben.

Die kommunalistische Gefahr im Reichsland.

Die „Kölnische Rundschau“ erinnert in ihrer Wochenschrift nachdrücklich an die Tatsache, daß jeder kommunalistische Reichstagskandidat eine Erklärung unterzeichnet hat, die ihn zum unbedingten Gehorsam gegenüber der kommunalistischen Parteileitung verpflichtet. „Der kommunalistische Abgeordnete“, so schreibt die „Kölnische Rundschau“ in dem Umfang dieser Verpflichtung, „soll sich vollkommen als Beamter der Partei und nur der Partei verpflichten und unter der Kontrolle der Parteileitung und ihrer Anweisungen stehen.“ Mit solcher Inhaltsgabe hat die „Kölnische Rundschau“ große Zurückhaltung beobachtet. Denn die von den kommunalistischen Reichstagskandidaten unterschriebene Erklärung legt letzteren auch die Pflicht auf

zuffälligen Handelsvertretung zum Protokoll gegen die unverschämte Herausforderung Sowjetrußlands durch die deutsche Regierung“ auf! Welche Forderungen die 62 kommunalistischen Reichstagsabgeordneten aus ihrer Vernehmung der parlamentarischen Sachverständigen auf Kosten Deutschlands heranzuziehen unterlassen, ist nicht den getragenen Zweifeln. Unter den heutigen Umständen, d. h. nachdem der Kommunismus seine Vertretung im Reichstag am 4. Mai hat vertrieben können, verdient daher die Warnung, die die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ am 25. März d. J. vor der in den Parlamenten lauernden kommunalistischen Gefahr ausgesprochen hat, doppelt Beachtung. Der von den unterzeichneten Sozialdemokraten aus der kommunalistischen Vernehmung jedes Abgeordneten die nachstehenden Konsequenzen gezogen worden:

„Man wird sich daher in Zukunft in den Parlamenten davor hüten müssen, die Kommunisten zu Verhandlungen zuzulassen, in denen vertrauliche Dinge behandelt werden, sie werden sich aber auch dann nicht darüber zu beklagen brauchen, wenn man sie in den Parlamenten nicht als Gleichberechtigte behandelt.“

Die sachliche Berechtigung dieses Standpunktes ist unbestreitbar. Zweifelhaft aber erscheint, ob der Reichstag dem Mut haben und die Mittel finden wird, die die Abwehr der kommunalistischen Gefahr so zu gestalten, wie es von der sozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“ mit Recht gefordert wird.

Eine Spezialkommission des kommandierenden Generals.

Offen, 8. Mai. Der kommandierende General erläßt eine Spezialverordnung Nr. 113. Sie betrifft die Schaffung einer gemischten gerichtlichen Kommission der rheinischen Eisenbahn. In den besetzten Gebieten wird eine gemischte gerichtliche Kommission der rheinischen Eisenbahn eingesetzt, die beauftragt ist, in Zivil- und Handelsangelegenheiten über alle Rechtsstreite beherrscht der Aufsicht der Regie zu entscheiden. Die Gerichtskommission hat die Aufsicht regelmäßig wiederkehrende Sitzungen ab. Die Kommission setzt sich zusammen aus:

1. zwei ordentlichen Mitgliedern und zwei stellvertretenden französischen Generalen belgischer Nationalität, die durch den kommandierenden General ernannt und unter den Zustimmungen gewählt werden. Diese Mitglieder werden höchstens für die Dauer eines Jahres ernannt. Ihr Mandat kann erneuert werden.
2. Aus einem ordentlichen Mitgliede und einem stellvertretenden Mitgliede deutscher Nationalität. Diese Mitglieder werden durch den kommandierenden General ernannt auf Vorschlag der Handelskammer von Düsseldorf. Die Mandate der deutschen Mitglieder haben die gleiche Geltendmachung wie die der französischen und belgischen Mitglieder. Der gemischten gerichtlichen Kommission führt eines der ordentlichen französischen oder belgischen Mitglieder den Vorsitz. Die Entscheidungen der gemischten gerichtlichen Kommission erfolgen nach Stimmenmehrheit. Gegen die Entscheidungen kann Berufung eingelegt werden vor einer von dem kommandierenden General bestimmten Spezialkommission. Die Berufung ist zulässig, wenn in dem Vorbringen Fragen, die auf die Annullierung der Entscheidung der gemischten gerichtlichen Kommission folgen, eingereicht wird.

Die Streikenden und die Beurlauben-shöhre.

Köln, 8. Mai. Die Nachricht, daß Delegierte der freikundigen Bergarbeiter sich mit einem Vertreter des Generals De Goette in Verbindung gesetzt haben, konnte bisher nicht bestätigt werden. Andererseits steht aber fest, daß Arbeitervertreter gestern nachmittag bei der Meum in Düsseldorf vorgeproben und verhandelt haben.

Der Streik im Bergbau.

Offen, 8. Mai. Wie der „Telegraphen-Letter“ mitgeteilt wird, sind die Arbeiter in den rheinischen Bergbauarbeiten, welche gemäß sind, die durch verbindlich erklärten Schiedsgericht sechsteilige verlängerte Arbeitszeit zu verfahren, wenn es der Betrieb nur zergewisse gestattet, einzustellen. Nur eine Reihe von Betrieben haben sich bereits arbeitswillinge Belegschaften in großer Zahl gemeldet, wie es sich überaus zeigt, daß die Meinung der Belegschaften selbst eine andere ist, als diejenige ihrer Organisationsleiter. Es ist darauf hingewiesen, daß nach der Verurteilung über Erwerbslosensicherung den ausgesprochenen Belegschaftenmitgliedern irgend ein Anspruch auf Erwerbslosensicherung nicht zuzuführen. Durch die gesetzlichen Bestimmungen wird mit Recht verhindert, daß öffentliche Mittel in einer Weise verwendet werden können, die ausnutzen die Arbeitslosigkeit. Im Streitfall ist eine oder andere Partei zu unterstützen. Der Belegschaftenleiter muss Bergarbeiter, die sich weigern, den von der Reichsarbeitsminister als verbindlich erklärten Schiedsgericht über die Arbeitszeit anzuerkennen, fruchtlos entlassen. Von der Belegschaft der getriggen Frühlingszeit werden davon 84 Prozent betroffen. Arbeitslosenleistungen waren verhältnismäßig im Bergbau im Vergleich mit 84 Prozent der Belegschaft gearbeitet haben, ferner im Bergbau Süd-Bochum (60 Proz.), Witten (57 Proz.), Dortmund (28 Proz.). Von den in der Frühlingszeit angefahrenen 14,27 Proz. der gesamten Belegschaft sind 60,08 Prozent vorchriftsmäßig ausgefahren.

Englische Auseinandersetzung mit dem deutschen Wahlergebnis.

London, 8. Mai. Die französische Auffassung, mit dem neuen Reichstag sei eine Verständigung unmöglich, wird hier allgemein zurückgewiesen, selbst von einem so freundschaftlichen Blatte, wie „Daily Herald“, welches nicht unbedeutlich die Vorteile für eine Kombination der bürgerlichen Parteien mit Anblick der Sozialdemokraten zu erkennen gibt. „Daily Herald“ befreit die Ansicht der sich in letzter Zeit wieder recht andeutlich gebärdenden „Times“, daß sich die Mehrheit des deutschen Volkes gegen den Damesbericht ausgesprochen habe. Es sei nur natürlich, daß der laute Protest gegen seine letzten Bedingungen entstanden ist. Die Weiterentwicklung hängt nur von Frankreich ab. Jedenfalls kann man sagen, daß die heftigen antideutschen Kreise, mehr durch den Erfolg der Kommunisten, als den der Wählenden beunruhigt sind.

Optimismus und die Reparationskommission.

Paris, 8. Mai. Ein Vertreter des „Zentralorgan“ erkläre sich in der Reparationskommission, wie es um die Durchführung der Sachverständigenberichte stehe. Es wurde ihm erklärt, daß einwählende die neutralen Persönlichkeiten, die in diesem Organismus mitwirken eintreten sollen, nicht gewählt werden. Zunächst sollen sich die deutschen und die von der Reparationskommission in die Organisationskomitee gewählten Persönlichkeiten über die Namen der neutralen Vertreter einigen und nur, wenn dies unmöglich wäre, werde die Reparationskommission die Neutralen ernennen. Die von den Sachverständigen vorgelegenen Berichte sind nicht zu arbeiten beginnen, sobald der Reparationskommission die von der Reichsregierung ausgearbeiteten Gesetze zugegangen sein wer-

den, die zur Durchführung der Sachverständigenberichte notwendig sind. Die Reparationskommission glaubt, daß ihr diese Gesetze bald zugehen werden, sie wird sie studieren und dann nach Berlin zurückkehren. Dann erst werden die Sachverständigen zur Besetzung ihrer Plätze vorgelegt werden. In der Reparationskommission glaubt man, daß sich im Reichstage die notwendige Mehrheit für die Annahme dieser Gesetze finden werde. Nach den Beratungen mit Wozgan glaubt man, daß die Mehrheit für die Reichsland zustande kommen werde. In der Reparationskommission ist man optimistisch getimmt und dieser Optimismus hält trotz des Ausganges der Reichstagswahlen an.

Benesh in Rom.

Wrag, 8. Mai. Beim Besuche des Außenministers Dr. Benesh in Rom sind vor allem die die Beschlüsse und Fragen betreffenden Fragen erledigt worden. Italien verlangt so schreibt das Raquet Regierungssorgan, daß sich die Beschlüsse dem italienisch-jugoslawischen Abkommen anschließen, wodurch auch die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien verbessert würden. Von den Beratungen Dr. Benesh's mit Mussolini erwartet man ferner eine Annäherung der intrigantischen französisch-jugoslawischen Front. Die Frage der Beziehungen zu den italienischen Staaten, die geeignet wäre, Deutschland zu einem ersten Schritte zu zwingen. Weiter hofft man, daß durch die römischen Verhandlungen der Beitritt Ungarns zur Kleinen Entente ermöglicht wäre. In politischen Kreisen Italiens glaubt man auch, daß bei den Konferenzen mit Mussolini die bisher fehlenden Verhandlungen zwischen Frankreich, Italien, die kleine Entente, Ungarn und Polen abgeschlossen werden.

Aus Kreis, Provinz und Ausland.

Leipzig, 8. Mai. (Der 100 000 Volkkreis in Sachse.) Mit dem Bau der 100 000 Volt-Doppelleitung von Laufen bis nach Silberstraße bei Zwickau ist anfangs Mai begonnen worden. Damit führte die A.-G. „Sächsische Werke“ die sächsische Landesstromversorgung einer neuen wichtigen Entwicklungsperiode entgegen. Nach Vollendung der neuen Leitung wird die Lage gewinnbringender als im Anfangs Mai. Der Bau der 100 000 Volt-Doppelleitung Stromversorgungsgebiet vollendet und der 100 000-Voltkreis von Großtauchwitz bis über Dresden, Chemnitz und das Vogtland über Leipzig und Berlin und zurück nach Dresden und Zwickau, der auch die mitteldeutschen Großkraftwerke Trautenburg, Zschornitz und Jannau einschließt, abgeschlossen ist. Der Bau beginnt mit der 100 000-Volt-Doppelleitung von Chemnitz nach Zwickau, die für den dortigen Industriebezirk von großem Wert sein wird.

Cambray, 8. Mai. (Opfer der Schuldfrage.) sind hier ein Kaufmanns- und ein Schülererfolg geworden. Der Kaufmannslehrling verwandte oft ganze Nächte zum Lesen von Schuldromane. Beide beschloffen die Flucht zu ergreifen und ihren Beruf mit dem eines Detektivs in der Großstadt zu vertauschen. Ihre Pläne kamen aber nicht zum Ausführen. In der Hofstadt wurden die Detektivromaner in die mittendurchgeführte Stunde ihrer Flucht ins Großstädtchen antreten wollten, fanden sie die Türen ihrer Schlafzimmern von außen verschlossen. Man hat aber nicht umsonst Ein- und Ausbudesterromane gelesen. Der Kaufmannslehrling knüpfte zwei Betrüger zusammen, ließ sich an ihnen herantreiben, wobei er noch gegen sie Widerstand leistete und verhaftet wurde. Der Schülererfolg wollte zu hoch, als daß er diesen Weg hätte nehmen können, am nächsten Morgen folgte aber auch er seinem Detektivvollegen nach.

Berlin, 6. Mai. (Falsche 10 Mark-Scheine.) Das Geschäft der Falschgelbfabrikation blüht trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen der zuständigen Behörden weiter. Es sind neue falsche 10 Mark-Scheine zu 10 Mark aufgefunden worden, die die Besichtigung auf der Vorderseite unklar ist und das gedruckte Muster auf der Rückseite bei falschen Scheinen recht auffällig wirkt. Die Scheine haben außerdem in Wasserzeichen. Den Bemühungen der Falschgelbfabrikation der Polizei ist es gelungen die einseitige Falschgelbfabrikation auszuhebeln. Zwei aus Ausland eingekaufte Scheine Josef Friedmann und Josef Schmitt hatten sich zum Glück in einem und einen Ledertuch gefunden, der Falschgelbfabrikation hielten. Bei der Hausdurchsuchung in der Werkstatt fand man fertige Blätter vor, mit denen gerade der Druck der falschen Scheine begonnen werden sollte. Die Verhafteten wurden ins Untersuchungsgewandnis eingeliefert.

Berlin, 7. Mai. (Großfeuer.) Ein Großfeuer hat heute nacht das auf dem Hintergebäude-Grundstück der Adrenerstraße 169 stehende Fabrikgebäude vollkommen vernichtet. Eine Anzahl Firmen, deren Arbeits- und Lagerräume hier dort befinden, sind schwer geschädigt, da das Feuer bis auf die Aufbauten niederbrennte. Ein Teil der Gebäudeträger ist nicht oder was daselbst ist, nur in Papiermarken verliert.

Dresden, 8. Mai. (Ein großer Schießstand.) Die Dresdner Polizeibehörde hat der Polizei gemeldet, daß in den letzten Tagen des April ein Verpächter mit 849 000 tageshichen Kronen Inhalt das von einer Berliner an eine Prager Bank überhandt haben sollte. Einer des Sachverständigen des Sachverständigen eintraten Meldung aus Prag zufolge kam in der Nacht zum 26. April mit der Bahnpost Adenbach-Prag die von der deutschen Reichshauptkasse in Berlin aufgebundene Sendung, adressiert an die Deutsche Agrar- und Industriebank in Prag, auf dem Marienbahnhof an. Von den Polizeibehörden wurde festgestellt daß die Verpackung durchgehenden und dann untersuchen ergab, daß die Sendung statt der Barknoten eine von einer Gabelberger Firma nach Kopenhagen aufgebundene Sendung von Glaswaren enthielt. Da die Sendung in Dresden längere Zeit gelegen hat, nimmt man an, daß der Diebstahl hier ausgeführt wurde. Auf die Ermittlung des Täters sind 10 Proz. der Verurteilungsmasse ausgesetzt worden.

Baden-Baden, 9. Mai. (Wissenschaft der Töchter des Kaisers.) Maria von Baden, Prinzessin Maria Alexandra von Baden, die 15jährige Tochter des Prinzen Max von Baden und seiner Gemahlin, geb. Prinzessin von Braunschweig und Lüneburg, verlobte sich mit dem Prinzen Philipp von Hessen, dem 27jährigen Sohne des Prinzen Friedrich Karl von Hessen und seiner Gemahlin, Prinzessin Margarete von Sachsen. Die jungen Eheleute werden in Baden im Schloss in Weimar einziehen. Die Verheiratung soll bereits im Laufe des Sommers auf Schloss Salem am Bodensee erfolgen.

Zittau, 6. Mai. (Gruftstätten und Bismarck.) Die Kreuzotter scheint in diesem Jahre in Nordböhmen besonders häufig aufzutreten. Trotz der hohen Witterung wird aus den verschiedensten Orten berichtet, daß auch die Blamotte tritt in Nordböhmen und Nordwestböhmen schon jetzt häufig auf. In der letzten Zeit wurden die Fälle in denen diese gefährlichen Tiere die Bagnelle unterwühlen und in Bienen- und Bienenstöcke eindringen.